



HESSISCHER LANDTAG

30.11.2011

Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 18/4670 zu Drucksache 18/4400

Inhalt des Antrags: **Qualitätsoffensive Bildung**

Einzelplan **04** **Hessisches Kultusministerium**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 04 59 Schulen
Buchungskreis:

lt. Leistungsplan alle Produkte

Bezeichnung lt. Leistungsplan

	Veränderung		
	von	um	auf
Leistungsplan:			
Beträge in 1.000 EUR			
Gesamtkosten	3.945.985,5	+304.159,5	4.250.145,0
Produktabgeltung	3.945.985,5	+304.159,5	4.250.145,0

Erfolgsplan:		Beträge in EUR		
Pos. lt. Erfolgsplan	Bezeichnung	von	um	auf
6	- Personalaufwand	3.502.525.300	+304.159.500	3.806.684.800

Sonstige Veränderungen:

Im Rahmen eines ersten Maßnahmenpaketes der „Qualitätsoffensive Bildung“ werden **4.000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer eingestellt**. Der Stellenplan ist entsprechend anzupassen.

Bei den Bewirtschaftungsvermerken im Kapitel 0459 unter Punkt B. wird folgendes ergänzt:

„Nicht verausgabte Mittel können nach Kapitel 0471 für Maßnahmen der Lehreraus-, Fort und -Weiterbildung sowie zur Nachqualifizierung von Lehrerinnen und Lehrern umgesetzt werden.“

Der Wirtschaftsplan, das zugehörige Produktblatt und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Für einen grundlegenden Paradigmenwechsel hin zu progressiver, emanzipatorischer und inklusiver Bildungspolitik, die dem Ziel der Chancengleichheit für alle verpflichtet ist, ist ein massiver Ausbau des qualifizierten Personals notwendig. Perspektivisch sind rund 9.500 Stellen notwendig, von denen 4.000 sofort geschaffen werden sollen. Diese Stellen verteilen sich auf folgende Einzelmaßnahmen:

1. Um überhaupt die Abdeckung der Stundentafel sicherzustellen, muss endlich eine volle 100-Prozent-Zuweisung an die Schulen erfolgen. Bisher werden diesen durch Rechenricks jedoch nur etwa 95 Prozent des Bedarfs zu- und diese dann als 100 Prozent ausgewiesen. Für eine wirkliche 100-Prozent-Versorgung sind de facto **2.000 zusätzliche Stellen** notwendig.

2. Die Klassengrößen lassen eine individuelle Förderung und inklusive Beschulung von Kindern und Jugendlichen, mit und ohne Behinderung nicht, und gute Pädagogik nur schwer zu. Deshalb sollen mittelfristig alle Klassen um 20 Prozent verkleinert werden. Als erster Schritt in diese Richtung wird sofort die sog. „Sternchenregelung“ vollständig statt nur partiell abgeschafft. Das bedeutet, dass in keinen Klassen mehr bis zu drei Kinder zusätzlich beschult werden dürfen und dient somit der besseren Qualität des Unterrichts durch kleinere Klassen. Notwendig hierfür sind **1.000 zusätzliche Stellen**.

3. Nicht zuletzt müssen wegen der deutlichen Zunahme vielfältiger Zusatzaufgaben, mit der Lehrerinnen und Lehrer sowie Schulleitungen in den letzten Jahren konfrontiert wurden, die so genannten Schuldeputate deutlich verbessert werden. Hiermit könnte den besonders hoch belasteten Lehrkräften durch Beschluss der Gesamtkonferenz wenigstens teilweise ein zeitlicher Ausgleich gewährt werden. Zwar wurden 2005 und 2006 die Schulleitungsdeputate erhöht, jedoch weitgehend nicht auf Basis zusätzlicher Mittel, sondern auf Kosten verlängerter Arbeitszeiten für Lehrerinnen und Lehrer oder schlicht zu Lasten der Unterrichtsversorgung. Entgegen politischer Zusagen wurden die Schuldeputate auch 2008 wieder nicht erweitert. Für die dringend erforderliche Realisierung dieser Maßnahme ergibt sich ein zusätzlicher Bedarf von **1.000 Stellen**.

Sollten die vorgesehenen Stellen nicht zu besetzen sein, sind die hierfür vorgesehenen Mittel solange für Maßnahmen der Weiterqualifizierung ausgebildeter Lehrerinnen und Lehrer sowie Ausbildung neuer Lehrerinnen und Lehrer auszugeben, bis das gewünschte Personal vorhanden ist.

Als nächster Schritt ist nach Abschluss der Einstellungen die sukzessive Errichtung einer qualifizierten zehnpromtigen Vertretungsreserve angedacht, die bei Bedarf auch neue Aufgaben im Bereich inklusiver Beschulung übernehmen soll. Hierfür wären etwa **5.500 Stellen** notwendig.

Wiesbaden, 30.11.2011

Für die Fraktion DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende
Willi van Ooyen